



Datenschutzhinweise

Informationen gemäß Art. 13 der EU-Datenschutz-Grundverordnung für Verwaltungsangelegenheiten der Grund/- und Oberschule der Stadtverwaltung Dohna

Mit den folgenden Informationen möchten wir Ihnen einen Überblick über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns und Ihre Rechte aus dem Datenschutzrecht geben.

Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen kann ich mich wenden?

Verantwortlich ist

Stadt Dohna

Am Markt 10/11, 01809 Dohna

Tel.: 03529/5636 0

E-Mail: datenschutz@stadt-dohna.de

Sie erreichen unseren Datenschutzbeauftragten unter dataarea GmbH

Meißner Straße 103, 01445 Radebeul

Tel.: +49 351 2722 0880

E-Mail: info@dataarea.de

Welche Quellen und Daten nutzen wir?

Relevante personenbezogene Daten sind Personalien (Name, Adresse, Telefonnummer) der Personensorgeberechtigten sowie die Bankverbindungsdaten. Diese Daten werden uns direkt von Ihnen bzw. von der Schule zur Verfügung gestellt.

Wofür verarbeiten wir Ihre Daten (Zweck der Verarbeitung) und auf welcher Rechtsgrundlage?

Wir verarbeiten personenbezogene Daten im Einklang mit den Bestimmungen der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) und dem Sächsischen Datenschutz- und Durchführungsgesetz (SächsDSGD).

- a) zur Erfüllung von vertraglichen Pflichten (Art. 6 Abs. 1 lit. b) DSGVO)

Die Verarbeitung von Daten erfolgt zur Erfüllung / Erbringung / Vermittlung der vertraglichen Pflichten.

- b) Aufgrund eines berechtigten Interesses (Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO

Soweit erforderlich verarbeiten wir Ihre Daten über die eigentliche Erfüllung des Vertrages hinaus zur Wahrung berechtigter Interessen von uns oder Dritten. Beispielsweise zur Sicherheit der Kinder (Unfallkasse) oder Rettungsdienst bei Erfordernis.

- c) aufgrund Ihrer Einwilligung (Art. 6 Abs. 1 lit. a) DSGVO)

Soweit Sie uns eine Einwilligung zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten für die o.g. Zwecke erteilen, ist die Rechtmäßigkeit dieser Verarbeitung auf Basis Ihrer Einwilligung gegeben. Eine erteilte Einwilligung kann jederzeit wieder widerrufen werden. Dies gilt auch für den Widerruf von Einwilligungserklärungen, die vor der Geltung der DSGVO, also vor dem 25. Mai 2018, uns gegenüber erteilt worden sind. Der Widerruf einer Einwilligung wirkt erst für die Zukunft und berührt nicht die Rechtmäßigkeit der bis zum Widerruf verarbeiteten Daten.

- d) aufgrund einer gesetzlichen Verpflichtung (Art. 6 Abs. 1 lit. c) DSGVO)

(Stadtratsbeschluss)

Wer bekommt die Daten?

Innerhalb des Trägers erhalten diejenigen Stellen Zugriff auf Ihre Daten, die diese zur Erfüllung der vertraglichen und gesetzlichen Pflichten benötigen.

Weiterhin können personenbezogene Daten im Rahmen von Amtshilfe an andere Träger oder die Fachaufsichten (Gesundheitsamt) übermittelt werden.

Weitere Datenempfänger können diejenigen Stellen sein, für die Sie uns Ihre Einwilligung zur Datenübermittlung erteilt haben bzw. für die wir aufgrund einer Interessenabwägung befugt sind, personenbezogene Daten zu übermitteln.

Werden Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt?

Grundsätzlich findet keine Übermittlung von personenbezogenen Daten in Staaten außerhalb der Europäischen Union (sogenannte Drittstaaten) statt, soweit es nicht gesetzlich vorgeschrieben ist (z. B. steuerrechtliche Meldepflichten) oder Sie uns eine Einwilligung erteilt haben.

Wie lange werden meine Daten gespeichert?

Wir verarbeiten und speichern Ihre personenbezogenen Daten solange dies zur Erfüllung unserer vertraglichen und gesetzlichen Pflichten und gemäß SächsArchivG erforderlich ist.

Sind die Daten für die Erfüllung der Pflichten nicht mehr erforderlich, werden diese regelmäßig gelöscht, es sei denn, deren – befristete – Weiterverarbeitung bzw. Aufbewahrung ist erforderlich zu folgenden Zwecken:

- Erfüllung steuerrechtlicher Aufbewahrungspflichten z.B. Abgabenordnung (AO), i.d.R. 10 Jahre
- Aufbewahrungsfristen z.B. § 34 Abs. 2 Sächsische Kommunale Kassen- und Buchführungsverordnung, i.d.R. 10 Jahre
- Erhaltung von Beweismitteln im Rahmen der gesetzlichen Verjährungsvorschriften. Nach den §§ 195 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) können diese Verjährungsfristen bis zu 30 Jahre betragen, wobei die regelmäßige Verjährungsfrist 3 Jahre beträgt, gerechnet ab dem Ende des Jahres indem die Geschäftsbeziehung endet, beträgt.
- Für die tägliche Betreuung erforderliche Unterlagen (z.B. Abholberechtigungen, Baden, Medikamentengebeurteilung usw.) werden regelmäßig im Jahr nach Ende des Betreuungsvertrages vernichtet.

Welche Datenschutzrechte gibt es?

Jede betroffene Person hat das Recht auf Auskunft nach Artikel 15 DSGVO, das Recht auf Berichtigung nach Artikel 16 DSGVO, das Recht auf Löschung nach Artikel 17 DSGVO, das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung nach Artikel 18 DSGVO, das Recht auf Widerspruch aus Artikel 21 DSGVO sowie das Recht auf Datenübertragbarkeit aus Artikel 20 DSGVO. Beim Auskunfts- und beim Löschungsrecht gelten die Einschränkungen nach §§ 34 und 35 BDSG. Darüber hinaus besteht ein Beschwerderecht bei der zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde (Artikel 77 DSGVO i.V.m. § 19 BDSG).

Eine erteilte Einwilligung zur Verarbeitung personenbezogener Daten können Sie jederzeit uns gegenüber widerrufen. Bitte beachten Sie, dass der Widerruf erst für die Zukunft wirkt. Verarbeitungen, die vor dem Widerruf erfolgt sind, sind davon nicht betroffen.

Inwieweit gibt es eine automatisierte Entscheidungsfindung?

Zur Begründung und Durchführung der Geschäftsbeziehungen nutzen wir grundsätzlich keine vollautomatisierte Entscheidungsfindung gemäß Artikel 22 DSGVO. Sollten wir diese Verfahren in Einzelfällen einsetzen, werden wir Sie hierüber und über Ihre diesbezüglichen Rechte gesondert informieren, sofern dies gesetzlich vorgegeben ist.